Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum:	**Mittwoch, den 29.07.2020**
Beginn:	**19:04 Uhr**
Ende	**21:20 Uhr**
Ort, Raum:	**Schelmenbuschhalle Langensteinbach, Am Schelmenbusch, 76307 Karlsbad**

Anwesend:

Vorsitzende/r
Herr Jens Timm

FDP / Liberale Liste Karlsbad
Herr Björn Kornmüller

Freie Wähler
Herr Alexander Bodemer
Frau Heike Christmann
Herr Jürgen Herrmann
Herr Otto Höger
Herr Hans-Gerhard Kleiner
Frau Heidi Ochs
Herr Karl-Heinz Ried
Herr Michael Wenz

CDU
Herr Günter Denninger
Herr Jürgen Dummler
Herr Steffen Langendörfer
Herr Roland Rädle
Herr Norbert Ried

SPD
Herr Reinhard Haas
Herr Michael Nowotny
Frau Cornelia Nürnberg
Herr Klaus Steigerwald
Herr Jens Walch

Bündnis 90/Die Grünen
Frau Heike Günther
Herr Thomas Guthmann
Herr Andreas Hartmann
Frau Sabine Kronenwett
Frau Simone Rausch
Herr Uwe Rohrer
Frau Dr. Susanna Vollmer

Protokollführer
Frau Inge Dietz

von der Verwaltung

Herr Kai Basler

Herr Joachim Guthmann

Amtsleiter/in:
Frau Petra Goldschmidt
Herr Benedikt Kleiner
Herr Ronald Knackfuß
Herr Dr. Klaus Rösch

Sachverständige
Herr Jörg Baumgärtner

Abwesend:

Freie Wähler
Herr Joachim Karcher

CDU
Herr Peter Kiesinger
Herr Nicki Konstandin

Tagesordnung:

1 **Bekanntgaben**

2 **Fragen der Gemeinderäte**

3 **Beratung und Beschlussfassung über die Weiterführung des Verfahrens zum nachträglichen Lärmschutz an der BAB A8 im Bereich Karlsbad-Mutschelbach**
Vorlage: 60/0945/2020

4 **Politische Jugendbeteiligung - Struktur und Prioritäten**
Vorlage: 10/0960/2020

5 **Beratung und Beschlussfassung über den Planungswettbewerb zum Neubau der Aussegnungshalle in Karlsbad-Langensteinbach**
Vorlage: 60/0946/2020

6 **Instandsetzung Brücke Hardthof (Pfinzbrücke) Karlsbad-Ittersbach**
Vorlage: 60/0944/2020

7 **Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Do-**

belstraße 19
Bauvoranfrage: Neubau von 3 Reihenhäusern mit Garage
Grundstück: Dobelstraße 19, Spielberg, Flst.Nr. 95/1
Vorlage: 60/0952/2020

8 **Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Reutäckerstraße 7**
Bauantrag mit Befreiung: Neubau einer Lagerhalle mit Büro
Grundstück: Reutäckerstraße 7, Ittersbach, 5919
Vorlage: 60/0962/2020

9 **Bekanntgabe einer Eilentscheidung des Bürgermeisters - Auftragsvergabe iPads als Ausleihgeräte für Schüler/innen im Rahmen DigitalPakt Schule**
Vorlage: 10/0958/2020

10 **Beratung und Beschlussfassung über die Verlängerung des Jahresvertrages Unterhaltungsmaßnahmen im Tief- und Straßenbau**
Vorlage: 60/0963/2020

11 **Genehmigung von Protokollen**

12 **Verschiedenes**

13 **Fragen der Zuhörer**

BM Timm setzt den TOP 7 von der öffentlichen TO ab da er aufgrund weiteren Klärungsbedarfs zum Baugesuch nicht entscheidungsreif ist.

zu 1 Bekanntgaben

BM Timm gibt bekannt das in der nicht öffentlichen BPUA-Sitzung die Vergabe des Auftrags für die Stützmauer in der St-Barbara-Straße an die Firma BST in Gernsheim für 110.176,78 € erfolgt ist. Die geänderte Ausführung wird jetzt nur auf gemeindeeigenem Grundstück erstellt, die Arbeiten werden in Kürze beginnen.

zu 2 Fragen der Gemeinderäte

2.1 Ausschilderung von Radwegen

GR Günther fragt nach der Zuständigkeit einer besseren Ausschilderung des Radwegs von Reichenbach nach Stupferich.
BM Timm: Je nach Gemarkung ist die jeweilige Kommune zuständig.

2.2 Busverkehr in Karlsbad-Ittersbach
GR Steigerwald: Wie kann für das Gasthaus Birkenhof die Situation der haltenden Busse mit laufendem Motor (Sommer und Winter) verbessert werden?
BM Timm ist mit dem Enzkreis in Kontakt, die Busse aus diesem Bereich heraus zu bekommen sei immer noch das Ziel, dieses muss mit beiden Kreisen besprochen werden. Laufende Motoren sind nicht zulässig, das wird an die jeweiligen Busunternehmen weitergegeben.

2.3 Wassersäcke für Bäume
GR Nowotny stellt für die SPD Fraktion den Antrag Wassersäcke als Starthilfe für junge Bäume anzuschaffen bis sie wurzeln (Angebot im Internet: 17,90 €/100 Stück). Der Antrag liegt dem Protokoll bei.

2.4 Auerbach Hallennutzung - Dank der Tanzgarde
GR Langendörfer bedankt sich im Namen der Tanzgarde Auerbach bei der Verwaltung für die Nutzung der Halle während den Sommerferien.

BM Timm: Die Hausmeister haben viel Zeit wegen Corona investiert. Bei den Vereinen sind aber auch massiv Trainingszeiten ausgefallen. In allen Ortsteilen sind in den Ferien die Hallen drei Wochen geöffnet.

zu 3 Beratung und Beschlussfassung über die Weiterführung des Verfahrens zum nachträglichen Lärmschutz an der BAB A8 im Bereich Karlsbad-Mutschelbach
Vorlage: 60/0945/2020

Sachverhalt:

In seiner Sitzung vom 06.06.2018 beschloss der Gemeinderat der Gemeinde Karlsbad, die Ausführung von Schallpegelmessungen durch das Ingenieurbüro ita, Wiesbaden, sowie deren rechtliche Bewertung durch Sparwasser & Heilshorn, Rechtsanwälte, Freiburg.

Auf die Vorlage 60/0565/2018 wird verwiesen. Mit den Schallpegeldauerregistrierungen sollte ausgelotet werden, welche Möglichkeiten bestehen, einen verbesserten Lärmschutz für den Ortsteil Mutschelbach erreichen zu können.

Nach Auswertung der Messergebnisse durch das Ingenieurbüro ita und deren rechtliche Bewertung durch Sparwasser & Heilshorn, Rechtsanwälte, wurde in enger Abstimmung mit der BIAM e.V. und dem Ortsvorsteher von Mutschelbach das beigefügte Ergebnisschreiben am 30.10.2019 an das Regierungspräsidium, z. Hd. Regierungspräsidentin Felder, übersandt. In der Darstellung der Messergebnisse wurde die Position der Gemeinde Karlsbad und besonders die Situation der betroffenen Bevölkerung von Mutschelbach aufgezeigt.

Wie im Antwortbrief der Regierungspräsidentin Frau Felder dargestellt, konnte im Ergebnis der Lärmpegelmessung die Forderung nach einer Lärmschutzwand auf der Bockstalbrücke nicht nachgewiesen werden. Insbesondere die fehlende Möglichkeit, auf das frühere Berechnungsmodell des Planfeststellungsverfahrens für die Lärmberechnung zurückgreifen zu können, verschlechtert die Position der Gemeinde Karlsbad wesentlich. In der Gewichtung

zur Beurteilung von Lärmsituationen sind Berechnungsverfahren ausschlaggebend, Messverfahren spielen nur eine untergeordnete Rolle und werden nicht anerkannt und daher nicht berücksichtigt.

Das beiliegende Schreiben von Rechtsanwalt Professor Heilshorn ist das Ergebnis und die Auswertung aller vorliegenden Messergebnisse, Fakten, Erkenntnisse und Schreiben.

Im Ergebnis stellt Herr Professor Heilshorn fest, dass ein aktiver Lärmschutz im Sinne einer Lärmschutzwand nach den vorliegenden Informationen nicht zu begründen ist. Eine Überschreitung der maßgeblichen Werte ist aufgrund des fehlenden Gelände- und Berechnungsmodells nur schwer nachzuweisen.

Die Kosten für aktive Lärmschutzmaßnahmen, wie z.B. eine Lärmschutzwand auf der nordöstlichen Seite der Bocksbachtalbrücke, müssten von der Gemeinde selbst getragen werden. Mögliche weitere lärmmindernde Maßnahmen, über die mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe noch weiter verhandelt werden sollte, sind eine Temporeduzierung der bis jetzt bestehenden Geschwindigkeit von 120 auf 80 km/h, zumindest bis der zugesagte lärmmindernde Asphalt eingebaut wird. Nach Aussage von Vertretern des Regierungspräsidiums wird dies in der nächsten turnusmäßigen Belagserneuerung nach ca. 10-15 Jahren sein (Inbetriebnahme der Autobahn 2015) vorgenommen. Dies wurde auch von der Regierungspräsidentin im persönlichen Gespräch bestätigt.

BM Timm erläutert die Sachlage, es wurden verschiedene Dinge versucht, die Nachbesserungen hatten nicht den gewünschten Erfolg. Der Lärmschutz ist Aufgabe des Bundes. Die durchgeführte Lärm-Messung ist keine Grundlage zur Beurteilung der Lärmsituation, dafür sind nur Berechnungsverfahren ausschlaggebend. Man habe diese aber auch mit Beschluss des Gemeinderates durchgeführt, im Wissen, das diese Messungen im weiteren Verfahren nicht anerkannt werden.

Ortsbaumeister Knackfuß erläutert die Verfahrensschritte. Die Lärmwerte waren in einigen Bereichen erreicht und in anderen überschritten. Um die Werte zu erreichen hätten 2,1 dB, die dann auf 3 dB gerundet werden, gereicht, die Werte reichten aber nicht aus. Ein Berechnungsmodell würde hohe Summen verschlingen. Das Ingenieurbüro ita kann dieses Berechnungsverfahren nicht leisten, daher müsste ein anderer Anbieter gesucht werden. Eine Reduzierung der Geschwindigkeit auf 80 km/h hat die Regierungspräsidentin beim Gemeindebesuch nicht zusagen können.

Obwohl eine Geschwindigkeitsreduzierung kaum noch möglich ist, sieht BM Timm trotzdem die Notwendigkeit eines Antragsversuchs. Fachleute sehen keine ausreichende Begründung. Die Aufstellung eines Modells, bei welchem hinterher Rechtsanwälte tätig werden und das viel Geld kostet, sei sehr fraglich. Man müsse den politischen Weg suchen. Er bedankt sich bei der BIAM, die bei allen Gesprächen dabei war, sich intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt hat und auch finanzielle Unterstützung für Gutachten gab.

Die Bevölkerung ging von Verbesserungen aus, so Ortsvorsteher und Gemeinderat Wenz. Aufgrund der Trassenführung ist der Lärmschutz schwierig und die Lindenstraße ist im Zuge des Umbaus auch länger geworden (Omega). Die Lärmverhältnisse haben sich geändert, einige haben weniger Lärm und andere deutlich mehr. Der Verkehr, auch Lkw´s, nimmt täglich zu. Da die jetzigen Messungen unter dem Grenzwert sind, ist rechtlich nichts durchsetz-

bar. Überholverbot, Geschwindigkeitsreduzierung, Begrünung und Flüsterasphalt wären Maßnahmen, wovon er den Flüsterasphalt forderte. Die Wildtierbrücke sollte kommen (Stand heute wurde das Verfahren begonnen) und die Abwasserführung der Autobahn und insb. der Parkplätze ist noch nicht abgeschlossen. Er bittet um Zustimmung zum Antrag der Verwaltung.

Die Möglichkeiten sind ausgereizt, alle haben versucht Änderungen zu erreichen, so der Fraktionsvorsitzende der CDU und GR Rädle. Es bleibe zu befürchten, dass das ein langfristiges Projekt bleiben wird. Wir müssen am Ball bleiben und kleine Schritte gehen. Lärmschutz ist auch Gesundheitspolitik. Er befürwortet die Ausführungen des Ortsvorstehers Wenz und den Antrag der Verwaltung.

GR Rohrer und Fraktionsvorsitzender der Grünen stellte fest, dass man mit der Forderung der Ergänzung des Lärmschutzes auf der Brücke nicht weiter komme. Entlang des Bereiches Obermutschelbach könnte die Kommune noch Flächen erwerben und bewalden. Eine Genehmigung der Reduzierung auf 80 km/h sieht er skeptisch. Zu einem Unfall auf Flüsterasphalt gebe es ein Gerichtsurteil, das im Rahmen eines Unfalles bei Nässe, trotz überhöhter Geschwindigkeit, den Asphalt als ursächlich ansah und dieser zurückgebaut werden musste. Er favorisiere passive Maßnahmen entlang der Autobahn (Baumpflanzungen/Begrünungen).

Der Aufwand und die Zeit die hier investiert wurde, so Fraktionsvorsitzender der SPD Haas, sei selten so hoch gewesen. Das Ziel sei aber nicht ganz erreicht. Man könne aufforsten alles was möglich ist und müsse politische Maßnahmen verfolgen, denn wer nicht kämpft hat schon verloren.

GR Kornmüller, FDP, fordert jedmögliche Schutzmaßnahme, Dauerlärm mache krank. Es sei unabdinglich, alle Abgeordnete müssten in die Pflicht genommen werden. Wenn nur rechnerische Modelle zählen, fühlt sich der Bürger " veräppelt". Es ist von einer deutlichen Zunahme des Verkehrs auszugehen, jegliche Entlastungsmöglichkeit müsse verfolgt werden.

Seit 31 Jahren verfolgt der Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler, Herrmann, den Ausbau und die Lärmproblematik der BAB 8. Es gab drei Planungen, wobei das heutige dritte Modell das Vielversprechendste war und zur Ausführung kam. Bereits während der Planfeststellung wurde der Lärmschutz reklamiert. Nach der Fertigstellung war offensichtlich, dass der Lärmschutz nicht zufriedenstellend ist. Eine jetzt durchgeführte Messung spielt leider nur eine untergeordnete Rolle und das Berechnungsmodell sei abhandengekommen. Jetzt sind die Werte höher als bei der Planfeststellung. Auftraggeber ist der Bund. Er bittet dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen und den politischen Weg einzuschlagen. Es sind alle Abgeordneten aufgerufen zu helfen und Aktion zu zeigen.

BM Timm nimmt die Begrünung für die Antragsstellung an die Behörden mit auf. In hoffentlich 1 bis 1,5 Jahren sei die Planfeststellung abgeschlossen und die Wildwechselbrücke kann gebaut werden. Es wird weiter beobachtet wie sich künftig der Verkehr entwickelt und man wird in 2 bis 3 Jahren Daten über den Pkw- und Lkw-Verkehr abrufen um detaillierte Unterlagen zu haben. Vielleicht gibt es anhand dieser Zahlen dann weitere Änderungen und Argumente.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat, mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe über zusätzliche Maßnahmen, wie Geschwindigkeitsreduzierung auf 80 km/h und vorgezogener Einbau von lärmminderndem Asphalt, zur Verbesserung des nachträglichen Lärmschutzes an der BAB A8 im Bereich Karlsbad-Mutschelbach zu verhandeln und evtl. erforderliche Anträge zu stellen.

einstimmig beschlossen Ja 26

zu 4 Politische Jugendbeteiligung - Struktur und Prioritäten Vorlage: 10/0960/2020

Sachverhalt:

Die politische Jugendbeteiligung hatte im November 2019 einen fulminanten Auftakt mit den Stationen Politiktag und darauffolgend stellten die Jugendlichen sich und die Ergebnisse im Gemeinderat vor.

Bereits beim Politiktag hatte sich eine „offene Kerngruppe“ gebildet, die sich über die Strukturen der künftigen Jugendbeteiligung Gedanken gemacht und einen Vorschlag erarbeitet hat. Fast parallel beschäftigten sich die interessierten Jugendlichen auch mit den Ergebnissen aus dem Politiktag und priorisierten diese.

Kai Basler als Hauptansprechpartner für die politische Jugendbeteiligung pflegt kontinuierlich den Kontakt mit den Jugendlichen und innerhalb der Verwaltung finden wiederholt Abstimmungsgespräche mit dem Ansprechpartner für die Verwaltung – Hans-Dieter Stößer sowie Bürgermeister und Hauptamtsleiter statt.

Im Frühjahr (vor Corona) wurden die priorisierten Themen aus dem Politiktag abgeglichen mit den Themen, die die Gemeinde derzeit bearbeitet. Ebenso war die Struktur der Jugendbeteiligung Gesprächsthema.

Dann kam die Corona-Pandemie dazwischen und dies führte zunächst zu einem massiven Einschnitt. Die ursprüngliche Planung musste überdacht und zeitlich neu „eingetaktet“ werden. In dieser Phase signalisierte der Bürgermeister mit einem persönlichen Brief an die Jugendlichen, dass die Arbeit weitergeht und bat darum, „dabei zu bleiben“.

Digital und – soweit möglich – auch in persönlichem Kontakt wurden die zwei „Arbeitsthemen“ weiter beackert. Wichtig ist in der Jugendbeteiligung auch die Vernetzung über soziale Plattformen. Die Jugendbeteiligung ist hier mittlerweile über den Account der Gemeinde in Instagram vertreten. Im Jugendzentrum fand vor kurzem ein persönliches Treffen der Jugendlichen mit dem Bürgermeister statt. Dort konnten die Jugendlichen sich nochmals mit Ideen und Vorschlägen einbringen.

Die gemeinsam erarbeiteten Ergebnisse sehen wie folgt aus:

1.) Struktur der Jugendbeteiligung

Die neue Jugendbeteiligung soll offen und frei für alle Karlsbader Jugendlichen sein. Die Jugendlichen sollen die Möglichkeit bekommen ihre Meinung zu Anliegen, die sie betreffen zu äußern, um diese Ideen und Anregungen bei der Umsetzung in den politischen Gremien zu berücksichtigen. Dabei sollen Barrieren in Form von strengen Formalien abgebaut werden.

Die neue Jugendbeteiligung soll daher auf verschiedenen Ebenen ablaufen:

- „Offene Kerngruppe“ (aus GR-Vorstellungsrunde) erarbeitet eine Priorisierung der Themen die bereits am Politiktag erarbeitet wurden und konkretisiert diese. Jeder Jugendliche der Interesse hat, kann hier mitarbeiten. Kai Basler begleitet diese Gruppe. Es wird je nach Bedarf weitere Treffen geben, jedoch nicht zeitlich festgelegt.

  Für die Bezeichnung „Offene Kerngruppe“ soll von den Jugendlichen noch ein Vorschlag für einen Namen eingebracht werden.

- Informationsfluss von Verwaltung an Jugendliche:

Durch einen geregelten Informationsfluss erfahren die Jugendlichen von Themen und Projekten, die sie berühren. Hierzu soll ein regelmäßiger Informationsaustausch zwischen Herr Kleiner, Herr Basler und Herr Stößer stattfinden. Der Bürgermeister wird ebenfalls informiert und kann sich jederzeit mit einschalten.
Herr Basler gibt die Informationen altersgerecht aufbereitet an die Jugendlichen weiter und erarbeitet deren Standpunkt dazu.
Hierzu soll neben bedarfsorientierten Sitzungen ein neues, zeitgemäßes Instrument zum Einsatz kommen:

- **Online-Umfragen**

Durch Online-Umfragen, die von Herr Basler erstellt und betreut werden, können in kürzester Zeit die Gesamtheit der Jugendlichen zu einem oder mehreren Themen befragt werden.

Beispielhafter Anbieter: SoSci Survey
  - Server und Betreiber in Deutschland
  - Datenschutzkonform
  - SSL-verschlüsselte Datenübertragung
  - Teilnehmerverwaltung
  - Unterstützung von Mobilgeräten
  - Kosten: ca. 600€/Jahr oder Einzelmonat: 69€
  - Ausblick: bei erfolgreicher Durchführung kostengünstig auf Gesamtbevölkerung anwendbar.

- **Politiktag**

Ein weiteres Instrument, das entweder jährlich oder zweijährig durchgeführt werden könnte – hier ist eine enge Kooperation mit den Schulen Voraussetzung. Geplant ist, im Jahr 2021 wieder einen Politiktag durchzuführen. Es ist ein Verfahren, welches bei allen Beteiligten (Jugendliche, Bürgermeister, Gemeinderat, Schulen, Verwaltung) großen Anklang fand.
Diese Veranstaltung trug in großem Maße dazu bei, die Jugendlichen zu motivieren und ihre Möglichkeiten der Beteiligung aufzuzeigen.

- **Wertschätzung und Anerkennung**

Informationen über geleistete Projekte in MTB-Rubrik „Jugendbeteiligung“, über www.Karlsbad.de Rubrik „Jugendbeteiligung“ und über Aushänge an den Schulen.
Ebenso wird Instagram als Info-Kanal genutzt, sowie als Kommunikationsmethode zu den Jugendlichen. Hier können ebenso die Online-Umfragen verlinkt werden.

2.) Themen und Prioritäten

Priorisierung der Themen aus dem Politiktag 2019

Sehr wichtig:

- Schulzentrum Fußgänger- und Fahrradfreundlicher gestalten
  - Zebrastreifen zu Sporthallen und St. Barbara-Haltestelle
  - Kreuzung Jahnstr./Goethestr. → gefährlich
  - Verkehrsberuhigter Bereich um das Schulzentrum
- Überdachung der Bushaltestellen am Schulzentrum
- Radwege
  - Beleuchtung nach Spielberg
  - Hauptstraße LA gefährlich für Radfahrer (Radstreifen?)
- Mehr Blitzer in Wohngebieten oder ähnliches zur Verkehrsentschleunigung

Wichtig:

- Mehr Treffpunkte für Jugendliche außerhalb Langensteinbach (andere Ortsteile)
  - Bsp. Mehr Skaterplätze oder Grafittiwände außerhalb Langensteinbach
  - Freibad und Spielplätze interessanter gestalten
    - Geräte für Kinder ab 12 Jahren aufwärts auf Spielplätzen
- Wasserspender in der Aula (Gymnasium)
- W-Lan
  - La: Beckerhalle, Freibad, Rathaus, Bahnhöfe, Jugendzentrum
  - Sp: Rathaus, Berghalle, Wasserturm, ev. Gemeindehaus
  - Itt: Bolzplatz, Rathaus, Wasenhalle
  - Au: Rathaus
  - Mu: Sportplätze, Rathaus, ev. Gemeindehaus

Beim Abgleich der Themen mit den Projekten der Gemeinde wurde deutlich, dass bereits etliche Punkte sowieso bearbeitet werden. Bereits erledigt ist das Thema Verzicht auf den Eigenanteil der Fahrgäste bei AST-Fahrten von Fahrscheininhabern. Bei weiteren großen Themen – beispielsweise der Digitalisierung der Schulen - investiert die Gemeinde viel Geld und hat sich auch personell verstärkt. Alle Themen werden weiter bearbeitet und dann ent-

sprechend bei Mittelbedarf für die Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2021/2022 vorbereitet.
BM Timm erläutert die Vorlage und bittet Herrn Basler um Sachvortrag. Das Thema AST wurde bereits durch Beschluss des Gemeinderates umgesetzt.

Herr Basler gibt einen Überblick über den bisherigen Verlauf. Ziel ist es innerhalb eines Schuljahres, und nicht von Januar bis Dezember, Dinge anzusetzen und regelmäßig über Maßnahmen und Projekte zu informieren, mit dem Ziel diese umzusetzen. Während der Corona-Pandemie wurde weitergearbeitet, es wurde ein Ranking erstellt und konkretisiert. Mit den Jugendlichen wurde eine Struktur aufgestellt, das war ein erster wichtiger Schritt. Es gibt eine offene Kerngruppe, die sich im Laufe von Projekten, neuen Anregungen und auch durch Schulwechsel/Abschlüsse, aber auch durch Mundpropaganda etc. verändert.

Die Hemmschwelle zur Teilnahme ist niedrig. Es finden regelmäßig Treffen mit Herrn Stößer, Herrn Kleiner und Herrn Timm statt. Themen werden an die Jugendlichen weitergegeben und dazu befragt, die Rückmeldungen gehen an den Gemeinderat oder an die Verwaltung. Online-Umfragen sind geplant, der Anbieter bietet einen Support an. Der Politiktag fand sehr großen Anklang. Mit der offenen Form werden die Jugendlichen sehr gut erreicht und sind motiviert.

BM Timm möchte diese Form gerade in schwierigen Zeiten so weiterführen, damit sich die Jugendlichen immer wieder einbringen. Er möchte sie an Haushaltsberatungen, Politiktagen und der Agendaarbeit beteiligen und einzelne Maßnahmen umsetzen.

GR Ochs appelliert an die Verwaltung zur Mitnahme der Jugendvertreter des Gemeinderats. Sie möchte persönliche Beziehungen aufbauen und bei der Öffentlichkeitsarbeit unterstützen. Der Instagram-Auftritt ist super, aber noch zu wenig. Sie bietet ihre Mithilfe beim Aufbau an.

BM Timm wird das für künftige Treffen weitergeben.

GR Langendörfer: Für die CDU ist die Jugendbeteiligung sehr wichtig. Bei den Themen Digitalisierung und AST bewegt sich was. Die Ideen sind gut, der Infofluss ist wichtig, die CDU unterstützt gerne. Eine neue Anregung wäre ein Newsletter. Auf soziale Medien zu setzen ist ein sehr guter Ansatz. Er bedankt sich bei allen Beteiligten, trotz Corona bewegt sich was.

GR Guthman: Die Beteiligung ist super. Auf dem Online-Tool würde er mit einzelnen Umfragen starten, die dann dem Gremium präsentiert werden. Er würde nach einem Jahr ein Resümee ziehen und dann erst beurteilen ob man ein Abo abschließt.

GR Haas findet die neue Form der Jugendbeteiligung ermutigend. Herr Basler ist der richtige Mann. Was kann man auf die Schnelle umsetzen? Hier findet er W-LAN eine tolle Sache.

BM Timm findet den Ansatz richtig, es werden Standorte ausgearbeitet, das Projekt wird in den Haushaltsberatungen vorgestellt .

Herr Kornmüller bedankt sich bei Herrn Basler für die Arbeit, es ist positiv, dass das Thema Fahrt aufnimmt. Online-Umfragen sind der absolut richtige Weg, so kennt man seine Zielgruppe. Der Politiktag war enorm erfolgreich, er hält ihn jährlich für sinnvoll. Durch die große

Dynamik ist Politik greifbar. Die Begeisterung und Spontanität sollte man nutzen und ergänzen was man hat und dadurch weitere Beteiligungsmöglichkeiten schaffen.
GR Denninger möchte die Lehrer einbinden und diese im Gremium vertreten sehen und unterstützen. Politik ist Bildungsauftrag. Anhand von Sitzungsberichten weiß man was läuft.

BM Timm möchte zuerst die Meinung der Jugendlichen hören, ob die Lehrer eingebunden werden sollen und möchte mit Herrn Basler sprechen. Er selbst möchte die Schule nicht stärker integrieren, die Lehrer sind in der Vorbereitung des Politiktages, aber auch durch die Behandlung des Bereiches bspw. im Fach Gemeinschaftskunde bereits eingebunden.

Herr Basler hat das Projekt in der Schule vorgestellt und wurde von den Lehrern angesprochen, eine Kooperation findet statt. So würden Jugendliche mit Interesse und Ideen auch direkt von den Lehrern an Hr. Basler verwiesen, die Beteiligung sei bekannt und wird auch durch Lehrer unterstützt.

GR Christmann möchte wissen, wie viele Jugendliche in der offenen Gruppe beteiligt sind, wie oft diese wechseln und wie die Jugendlichen Rückmeldung, über das was passiert, erhalten.

Von den ursprünglichen Jugendlichen hat Herr Basler die Kontaktdaten, außerdem spricht er sie an und es läuft über Mundpropaganda. Wegen der Schulschließung gab es keine Möglichkeit direkt weiter an den Schulen zu arbeiten, eingeladen wird über Plakate und Flyer. Informationen erfolgen über das Mitteilungsblatt und die Web-Seite, nach den Ferien noch über Instagram, er konnte aufgrund der Gesamtsituation zu wenig Werbung machen, aber auch eine Intensivierung der Treffen war nicht möglich.

Herr Nowotny regt an, schnell etwas aufzubauen und parallel Ideen zu entwickeln und visuell durchführen. Für den Herbst/Winter hat er leider für die Corona Lage kein gutes Gefühl, aber vielleicht könne man trotzdem weiter etwas bewirkten

BM Timm machte auf die im Sitzungsraum teilnehmenden Jugendlichen aufmerksam, und bedankte sich für deren Engagement. Durch die Corona Lage habe man mit den Jugendlichen gesprochen, und nur wenige Vertreter für heute in die Sitzung gesandt

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:
Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von der geplanten Struktur der Jugendbeteiligung und den Prioritäten der Jugendthemen.

zur Kenntnis genommen

zu 5 Beratung und Beschlussfassung über den Planungswettbewerb zum Neubau der Aussegnungshalle in Karlsbad-Langensteinbach
Vorlage: 60/0946/2020

Sachverhalt:

In der Sitzung vom 28.09.2016 hat der Gemeinderat der Gemeinde Karlsbad den Grundsatzbeschluss für den Neubau einer Aussegnungshalle in Karlsbad-Langensteinbach gefasst. Bei der Einstellung von Haushaltsmitteln im Haushalt 2019/2020 war sich das Gremium einig, dass dem Neubau ein Planungswettbewerb vorgeschaltet werden soll.

Um effektiv eine Entscheidung über die Situation einer Aussegnungshalle in Langensteinbach treffen zu können, wurde eine Projektgruppe „Aussegnungshalle Langensteinbach“ in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt am 25.03.2015 gebildet. Die erste Sitzung fand am 13.05.2015 statt. In der 4. und 5. Sitzung der Projektgruppe am 23.06. bzw. 21.07.2020 wurde konkret über die Ausgestaltung des Planungswettbewerbes beraten.

Folgende Empfehlungen der Projektgruppe wurden erarbeitet:

- Für den Planungswettbewerb zum Neubau der Aussegnungshalle in Karlsbad-Langensteinbach ist keine europaweite Ausschreibung erforderlich, da die entsprechenden Schwellenwerte nicht überschritten werden

Die Betreuung und Moderation des Planungswettbewerbs erfolgt durch Herrn Dipl.-Ing. Architekt Klaus Fehrenbach aus Karlsruhe.

- Der Planungswettbewerb soll in Form einer Mehrfachbeauftragung mit folgenden vier Architekturbüros durchgeführt werden:

    - S. Niederhöfer, A21 Architekten, Karlsruhe/Karlsbad-Langensteinbach
    - Lennermann Architekten, Karlsruhe
    - Adler + Retzbach, Karlsruhe
    - Kränzle + Fischer-Wasels Architekten, Karlsruhe

- **Beurteilungsgremium:**

    - Fachgremienmitglied mit Stimmrecht, Architekt Herr Fehrenbach
    - Sachgremienmitglieder mit Stimmrecht, Bürgermeister Timm sowie
      Mitglieder der Projektgruppe - Frau Heike Günther, Frau Cornelia Nürnberg, Herr Otto Höger, Herr Norbert Ried (im Verhinderungsfalle deren Stellvertreter)
    - Sachverständige ohne Stimmrecht, Herr Björn Kornmüller, Herr Dr. Rösch, Herr Knackfuß

Der Vorlage beigefügt ist die von der Projektgruppe überarbeitete Flächenaufstellung zum Neubau Aussegnungshalle Karlsbad-Langensteinbach. Diese dient als Raumprogramm für den Planungswettbewerb.

Ebenfalls beigefügt die Vorlage (Matrix) zur Auslobung der Mehrfachbeauftragung. Die komplett erarbeitete (ausgefüllte) Vorlage/Matrix zur Auslobung der Mehrfachbeauftragung wurde als Tischvorlage ausgeteilt.

Die Honorierung für vollständig abgegebene Leistungen erfolgt mittels Aufwandsentschädigung in Höhe von 4.000 Euro plus geltender gesetzlicher Mehrwertsteuer für jedes Büro. Der Sieger aus dem Planungswettbewerb erhält den Auftrag.

Als bindende Termine werden angestrebt:

Abgabe der Arbeiten am 07.10.2020 im Bauamt der Gemeinde Karlsbad. Eine Vorprüfung erfolgt am 08.10.2020.

Die Präsentation der teilnehmenden Büros soll am 13.10.2020, ab 13:00 Uhr erfolgen. Der genaue Teilnehmerkreis wird noch festgelegt.
Eine mögliche Auftragsvergabe könnte am 21.10.2020 im Gemeinderat erfolgen.

BM Timm: wegen Krankheit des Architekten ist der Text noch nicht ganz fertig. Das Gremium hat sich für den Neubau entschieden, der Planungswettbewerb soll vorgeschaltet werden. Die Projektgruppe hat eine Empfehlung erarbeitet.

Herr Knackfuß verteilt die Tischvorlage und gibt Erläuterungen. Der Auslobungstext wird kurzfristig vervollständigt und an 4 Büros versandt, voraussichtlich nächste Woche, der Sieger erhält den Auftrag. Das Projekt/Baufläche umfasst 300 qm. Die kleine Aussegnungshalle soll erhalten bleiben.

BM Timm ergänzt, dass die Aussegnungshalle in Bezug auf Ausstattung für ganz Karlsbad gesehen wird, da u.a. ein Waschraum dabei ist. Es können vier Leichen gekühlt werden. Es sind 150 Sitzplätze und 50 Stehplätze vorgesehen, die für den Regelbetrieb ausreichen. Den Bestattern wurde das Raumprogramm übersandt und um Rückmeldung gebeten, sie sollen mit im Boot sein. Die Gemeinde hat bisher keine Rückmeldungen erhalten.

GR Höger erinnerte, dass die Aussegnungshalle schon vor 30 Jahren Thema war und vor 3 Jahren deutlich Bewegung in die Sache kam. Man investierte in den Luthersaal nicht weiter. Es wurde ein Ausschuss gebildet. Die Freien Wähler hoffen auf gute Projektvorschläge und stimmen dem Antrag zu.

BM Timm bittet die Fraktionen um Rückmeldung, wer bei der Präsentation am 13.10. dabei sein möchte, sie beginnt nachmittags und dauert ca. 6,5 Std. Pro Fraktion sollten maximal 3 Personen plus der jeweils Stimmberechtigte dabei sein.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat, den Planungswettbewerb zum Neubau der Aussegnungshalle in Karlsbad-Langensteinbach wie vorgestellt als Mehrfachbeauftragung mit den 4 Architekturbüros, wie in der Vorlage aufgeführt, durchzuführen.

einstimmig beschlossen Ja 26

zu 6 Instandsetzung Brücke Hardthof (Pfinzbrücke) Karlsbad-Ittersbach
Vorlage: 60/0944/2020

Sachverhalt:

Nach wechselseitigen Sanierungen der Brücke über die Pfinz (Ortsverbindungsstraße Richtung Ottenhausen) durch die Gemeinden Straubenhardt und Karlsbad alle 6 bis 10 Jahre mit einem Holzbelag (zulässig für Nutzfahrzeuge bis 3,5 t) soll die Brücke mit einem massiven Überbau aus Stahlbeton und Asphaltbelag saniert werden. Bei dieser dauerhaften Lösung wird das Tragwerk selbst durch die Abdichtung geschützt, die bituminöse Oberfläche ist ausreichend rutschfest.

Nach Variantenuntersuchungen stellt die Stahlbetonverbundbauweise auf Grund der längsten Nutzungsdauer (ca. 50 Jahre) und dem geringsten Wartungsaufwand die wirtschaftlichste Lösung dar. Die Brücke ist nach der Sanierung zum Befahren für Fahrzeuge bis 12 t zulässig.

Die Brückensanierung wurde im Förderprogramm „Kommunaler Sanierungsfond für die Sanierung von Brückenbauwerken“ angemeldet und wird gem. Zuwendungsbescheid mit 73.500 € gefördert. Die Brückensanierung ist mit der Gemeinde Straubenhardt abgestimmt, welche den hälftigen Anteil der Schlussrechnung abzüglich Zuschuss übernimmt.

Nachdem im Haushalt 2020 der Gemeinde Karlsbad entsprechende Mittel für die Instandsetzungsarbeiten der Hardthof-Brücke (Pfinzbrücke) in Karlsbad-Ittersbach eingestellt sind, wurde die Maßnahme vom Ingenieurbüro Kirn geplant und ausgeschrieben.

Nach öffentlicher Ausschreibung wurden 5 Ausschreibungsunterlagen abgeholt. Zur Submission am 07.07.2020 lag 1 Angebot vor. Nach rechnerischer Wertung (siehe Vergabevorschlag) ergibt sich folgende Bieterrangfolge:

Bieter		Brutto
1.	**Bietergemeinschaft BWS Rhein-Neckar GmbH, 69123 Heidelberg, Johann Joos, 79258 Hartheim**	**218.258,62 €**

Nach Prüfung (siehe Vergabevorschlag Ingenieurbüro Kirn) ergibt sich die Bietergemeinschaft BWS Rhein-Neckar GmbH, 69123 Heidelberg, und Johann Joos GmbH & Co.KG, 79258 Hartheim, als preisgünstigster Bieter mit einen Bruttoendpreis von 218.258,62 €. Die Bietergemeinschaft BWS Rhein-Neckar GmbH, 69123 Heidelberg und Johann Joos GmbH & Co.KG, 79258 Hartheim, ist als fachkundig und leistungsfähig bekannt.

Die Baumaßnahme soll im Zeitraum von 24.08.2020 bis 30.10.2020 ausgeführt werden.
Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in Höhe von 180.000 € reichen zur Ausführung nicht aus. Die Mittel für den Mehrbedarf von ca. 50.000 € bei der o.g. Maßnahme werden durch noch nicht verbrauchte Mittel im HH 2020 (IBA1-40001 St. Barbara Straße) finanziert. Diese Mittel sind dann im neuen Haushaltsplan bei der Sanierung der St.Barbara Straße wieder mit aufzunehmen.

Der Bürgermeister hat von der Gemeinde Straubenhardt einen positiven Bescheid zur Mitfinanzierung erhalten.

Herr Baumgärtner, Ingenieurbüro Kirn erläutert die technische Ausführung: Die neue Brücke bekommt einen Aufbau aus Stahl-Trägern. Das Problem ist die Holzkonstruktion, die auf 3,5 Tonnen und 10 km/h beschränkt ist. Durch die feuchte Tallage war eine Sanierung alle 6 bis 10 Jahre erforderlich (2006, 2014 und jetzt wieder). Die angebotene Lösung ist dauerhaft und bis 12 Tonnen belastbar und bei entsprechender Wartung über 50 Jahre haltbar. Die alten Doppel-T-Träger sind bleihaltig und werden ersetzt. Die Umleitung ist über Feldrennach vorgesehen, Baubeginn Mitte August . Die Bauzeit beträgt 4 bis 6 Wochen.

Bisher wurde im Wechsel mit Straubenhardt saniert, so OBM Knackfuß. Für Brücken wurde ein Sanierungsfond aufgelegt. Die Mehrkosten von 45.000 € werden aus den Haushaltsmittel für die verschobene Sanierung der St.-Barbara Straße finanziert. Es handelt sich bei der ausführenden Firma um eine Spezialfirma. Auf Nachfrage antwortete OBM Knackfuß das lediglich die Straßenangleichung zur Brücke die gleiche Firma übernimmt, die auch die Heldrunger Straße gebaut hat, es handelt sich beim Angebot wie aus der Vorlage ersichtlich um eine Bietergemeinschaft. Die Brücke wird nicht breiter als vorher nur tragfähiger. Ein Provisorium ist nicht vorgesehen.

Landwirtschaftliche Fahrzeuge benötigen eine Tragfähigkeit von 25 und 40 Tonnen, man sollte eigentlich die Brücke komplett erneuern und mehr Geld in die Hand nehmen, so GR Walch.

Dann wäre es ein Neubau und der Fond würde nicht greifen, antwortet OBM Knackfuß.

Frau Christmann fragt, ob man aufgrund des Förderprogramms nicht noch mehr Übergänge/Brücken z.B. eine Fußgängerbrücke anmelden kann.

BM Timm verneinte dies, es gibt Wertgrenzen von 100.000 €, dies schließt fast alle vorhandenen Brücken etc. für das Förderprogramm aus.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat, den Auftrag für die Arbeiten zur Instandsetzung der Brücke Hardthof (Pfinzbrücke) in Karlsbad-Ittersbach an den preisgünstigsten Bieter, die Bietergemeinschaft BWS Rhein-Neckar GmbH, 69123 Heidelberg, und Johann Joos GmbH & Co.KG, 79258 Hartheim, zu einem Bruttoendpreis von 218.258,62 € zu vergeben. Die überplanmäßigen Kosten in Höhe von ca. 50.000 € werden durch nicht verbrauchte Mittel im Haushalt 2020 (IBA1-40001 St. Barbara Straße) finanziert.

einstimmig beschlossen Ja 26

zu 7 Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Dobelstraße 19
Bauvoranfrage: Neubau von 3 Reihenhäusern mit Garage
Grundstück: Dobelstraße 19, Spielberg, Flst.Nr. 95/1

Vorlage: 60/0952/2020

Sachverhalt:

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt.

Vertagt (Wiederholung)

zu 8 Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Reutäckerstraße 7
Bauantrag mit Befreiung: Neubau einer Lagerhalle mit Büro
Grundstück: Reutäckerstraße 7, Ittersbach, 5919
Vorlage: 60/0962/2020

Sachverhalt:

Das Vorhaben befindet sich im Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Stöckmädle/ Reutäcker“ und ist somit nach § 30 BauGB zu beurteilen.

Als Art der baulichen Nutzung ist ein Gewerbegebiet festgesetzt.

Als Maß der baulichen Nutzung sind u.a. eine Grundflächenzahl (GRZ) von 0,8 und eine max. Gebäudehöhe von 12,0 m festgesetzt. Für die überbaubare Grundstücksfläche wurden Baugrenzen ausgegeben.

Geplant ist die Errichtung einer Lagerhalle und eines anschließenden Bürogebäudes.

Das Bürogebäude soll 3 Vollgeschosse sowie ein Staffelgeschoss mit Dachterrasse erhalten. Dieses Gebäude hat nach Planung eine Höhe von 13,50 m. Somit liegt eine Höhenüberschreitung von 1,50 m vor. Es ist eine Befreiung von der Festsetzung erforderlich, diese wurde beantragt. Aus den uns vorliegenden Unterlagen ist auch eine Überschreitung der festgeschriebenen Höhe durch die Lagerhalle ersichtlich. Diese beträgt 0,15 m. Hier wäre ebenfalls eine Befreiung erforderlich.

Mit den Nebenanlagen (Stellplätze) überschreitet die Bebauung zudem die zulässige GRZ um 10 %. Auch hier ist eine Befreiung von den Festsetzungen erforderlich.

Das ausgelagerte Treppenhaus (ca. 2,50 m x 5,10 m) rückwärtig überschreitet die festgesetzte Baugrenze. Diese Abmessungen sind nicht mehr untergeordnet, sodass auch hier eine Befreiung erforderlich ist.

Weitere Informationen werden bis zur Sitzung eingeholt.

BM Timm: Zwischen dem Bauherrn und der Verwaltung gab es Gespräche.

Herr Guthmann gab Informationen zum Bauvorhaben. Der Lagerbereich ist ein größeres Bauvorhaben, das Treppenhaus wurde reduziert und fällt nicht mehr ins Gewicht. Es geht um 3 Überschreitungen: 1. die GFZ um 10 % ist hinnehmbar. 2. Die Gebäudehöhen-Überschreitung um 1,5 m ist wegen der Präsentation von hohen Maschinen nachvollziehbar und vertretbar. 3. Die PV-Anlage ist zur Eigennutzung, auf die Dachbegrünung wird verzichtet (Gewichtsproblem und Kosten). Alle drei Befreiungen sind notwendig und nachvollziehbar und er bittet um Erteilung.

BM Timm ergänzt, dass weitere folgen können, aber hier sind die Gründe nachvollziehbar. Das Gebäude geht in die Höhe und nicht in die Fläche.

Antrag an den Gemeinderat:

Der Beschlussvorschlag wird in der Sitzung unterbreitet.

mehrheitlich beschlossen Ja 24 Enthaltung 2

zu 9 Bekanntgabe einer Eilentscheidung des Bürgermeisters - Auftragsvergabe iPads als Ausleihgeräte für Schüler/innen im Rahmen DigitalPakt Schule Vorlage: 10/0958/2020

Sachverhalt:

Mit dem DigitalPakt Schule stellen Bund und Land Gelder in Höhe von rd. 130 Mio. EUR zur Verfügung, damit die Schulträger mobile Endgeräte beschaffen, welche den Schülern leihweise überlassen werden. Daraus resultierend ergibt sich ein Beschaffungsvolumen von etwa 300.000 Geräten in Baden-Württemberg.

Nach Abklärung der Konditionen und Einholen verschiedener Angebote auf Basis der von den Schulen festgestellten Mengen muss eine sofortige Bestellung erfolgen, da die auf dem Markt verfügbaren Geräteanzahlen den Bedarf sicherlich nicht decken können.

Bei der Fa. Bechtle, welche das günstigste Angebot vorgelegt hat, hat sich die Lieferzeit von Anfangs der Woche noch mit zwei Wochen angegeben nun bereits auf vier Wochen erhöht.

Ein Zuwarten bis zur GR-Sitzung am 29.07.2020 war nicht möglich, da dann damit zu rechnen war, dass die Geräte nicht zeitnah zur Verfügung stehen.

Die Beschaffung kann aufgrund des Sonderprogrammes auf Basis eines Verhandlungsverfahrens ohne Ausschreibung erfolgen. Vorab soll nun die Hardware und bereits bekannte Software gem. Angebot über 118.886,08 EUR beschafft werden. Zur Beschaffung kommen Apple iPad Wifi 32 GB als „Firmengeräte“ die dann über ein Mobile Device Management verwaltet werden.

Die Anzahl der zu beschaffenden Geräte, sowie die Ausstattung wurde vom Hauptamt mit den Schulleitern sämtlicher Schulen, die in der Trägerschaft der Gemeinde Karlsbad sind, abgesprochen. Man hat sich auf ein einheitliches System verständigen können. Dies bietet den Schüler/innen den Vorteil, dass sie diese Endgeräte unabhängig von der in Karlsbad besuchten Schule immer gleich zur Verfügung gestellt bekommen.

Die Beschaffung weiterer Hard- und Software (MDM-System, Tastaturen, Cover etc.) erfolgt, sobald auch hierfür die Details feststehen. Diese Dinge sollten aber auch zukünftig lieferbar sein. Die genauen Preise hierfür werden aktuell erhoben. Das Volumen dieser Zubehörteile beläuft sich auf rd. 39.000 EUR, womit sich für die Gesamtausstattung Kosten in Höhe von rd. 158.000 EUR ergeben. Der pro Schüler hochgerechnete Gesamtbetrag an Mitteln durch Land und Bund beträgt für die Gemeinde Karlsbad rd. 198.000 EUR.

Der Auftrag an die Fa. Bechtle zum Preis von 118.886,08 EUR wurde im Wege der Eilentscheidung erteilt.

Die Verwaltung hat bereits nach Ankündigung des Programms reagiert und sofort bei Ihren Lieferanten große Stückzahlen geblockt, um eine Verfügbarkeit sicherzustellen, so BM Timm.

Herr Kleiner erläutert das Sofort-Ausstattungs-Programm. Die Verwaltung habe vor Erhalt der Mittel beim Lieferanten bereits reserviert und ist zeitlich daher deutlich früher in Aktion getreten als andere Kommunen, und ist auch nicht von Sammelbestellungen abhängig. Die Lieferzeiten steigen täglich (derzeit mind. -12 Wochen), Preisvorteile gibt es trotz der hohen Abnahmemenge keine. Der Bedarf wurde bei den Schulen abgefragt, er betrifft ca. 10 % der Schüler. Es wurden 289 IPads inkl. Zubehör geordert. Sie sind Eigentum der Gemeinde, werden von der Gemeinde konfiguriert und verschiedene Apps aufgespielt, und über ein MDM gemanagt. Die Restmittel ergeben sich durch den bestellten Bedarf und die unklare tatsächliche Inanspruchnahme. Da die Geräte i.d.R jährlich ausgegeben werden, verändert sich auch hier ständig die Anzahl. Die Ausgabe erfolgt durch die Schulen, über Listen. Später wird geschaut, ob zusätzlicher Bedarf besteht, dann erst werden die restlichen Mittel verwendet und Zusatzgeräte beschafft, dies aber auf jeden Fall noch 2020. Es gibt eine Nutzungsordnung und eine extra Versicherung wird für die Geräte abgeschlossen. Der Nutzungszeitraum ist auf ein Schuljahr festgelegt, danach gehen sie an die Gemeinde zurück werden gewartet und gepflegt und gehen wieder zum Schuljahresbeginn an die Schulen.

BM Timm teilt die Eilentscheidung dem Gremium zur Kenntnis mit.

GR Rädle möchte wissen, ob die Nachkonfiguration komplett über die Gemeinde läuft oder über die Schule? Das ist ein großer Aufwand. Ist der Schulträger der einzige Versicherer oder greift die private Haftpflicht?

BM Timm: Je Schüler werden 10 €/Jahr eingezogen. Die private Haftpflicht, wenn vorhanden, könnte man sicherlich auch in Anspruch nehmen.

GR Dummler findet gut, dass sich die Gemeinde um die Ausstattung kümmert, das ist viel Arbeit.

GR Herrmann: Die digitale Ausstattung war mal landesweit ungenügend und bald ist Karlsbad hier spitze. Wir gehen mit 198.000 € in Vorlage, wann kommt das Geld?

Herr Kleiner: Die Fördermittel wurden bereits überwiesen. Für die IT gibt es zwei Stellen, u.A. wurde eine Stelle mit Stellenanteilen für die Digitalisierung der Schulen versehen. Die Stellen sind aber unabhängig von diesem Sofortausstattungsprogramm zu sehen, da ja gesondert die Ausstattung und Digitalisierung der Schulen generell läuft, wie dem Gremium bereits mehrfach berichtet wurde.

GR Guthmann: Wer IPads zu Hause besitzt, müssen diese Apps selbst gekauft werden? Oder werden diese auch für „Privatanwender“ von der Gemeinde gekauft.

Herr Kleiner: Das muss noch geklärt werden, das wisse man noch nicht. Bedarfe und Typen müssten abgestimmt werden, ein Großteil der Apps ist gratis.

Herr Nowotny: Wird W-LAN benötigt, oder funktionieren die Geräte ohne? Leider ist in Schulen z.B. Ittersbach nicht überall W-Lan verfügbar bzw. einige die diese Geräte erhalten sollen, haben ja auch daheim keine Internet Anbindung.

Herr Kleiner: Es wurde eine mobile Lösung gefunden um in allen Schulen die Einarbeitung und Anwendung zu schulen, sie sind nutzbar. Für Updates etc. braucht man W-LAN, hier ist es aber egal ob öffentliches oder privates W-Lan.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Dem Gemeinderat wird die Eilentscheidung des Bürgermeisters nach § 43 Abs. 3 Gemeindeordnung BW zur Kenntnisnahme mitgeteilt.

zur Kenntnis genommen Ja 25 Enthaltung 1

zu 10 Beratung und Beschlussfassung über die Verlängerung des Jahresvertrages Unterhaltungsmaßnahmen im Tief- und Straßenbau Vorlage: 60/0963/2020

Sachverhalt:

Die Gemeinde Karlsbad vergibt in einem zweijährigen Kommunalvertrag Kleinmaßnahmen zur Aufrechterhaltung ihrer Infrastruktur. Dies beinhaltet Reparaturen und Unterhaltungsmaßnahmen im Straßenbau sowie der Kanalunterhaltung. Gleichzeitig werden über den Kommunalvertrag die Reparatur von Rohrbrüchen und die Verlegung von Hausanschlußleitungen in Trinkwasserversorgung abgedeckt.

Die Firma Artur Weiler, Karlsruhe-Stupferich, hat diese Arbeiten in den letzten Jahren für die Gemeinde Karlsbad immer zur vollsten Zufriedenheit ausgeführt.

Aufgrund der guten Erfahrungen, der Zuverlässigkeit und aller dafür notwendigen Zulassungen und Zertifikationen (Zertifikat Güteschutz Kanalbau, DVGW-Zulassung unbegrenzt, Nachweis zum Bereitschaftsdienst außerhalb der Regelarbeitszeit) zur Ausführung solcher Arbeiten schlägt die Verwaltung vor, den zweijährigen Kommunalvertrag entsprechend dem Angebot der Firma Weiler für 2 Jahre vom 01.10.2020 bis zum 30.09.2022 zu den aktuellen Konditionen zu verlängern.

Eine Verlängerungsoption für weitere 2 Jahre vom 01.10.2022 bis 30.09.2024 um 6 % (siehe Angebot) ist für die Gemeinde Karlsbad optional, und kann nach Ende der Laufzeit im Sommer 2022 entschieden werden.

Wir haben immer gute Erfahrungen mit der Firma Weiler gemacht, so BM Timm.

Herr Knackfuß: Die Kommune benötigt einen verlässlichen Vertragspartner und das konstant. Den Jahresvertrag gibt es bereits seit sehr langer Zeit, das Volumen beträgt ca. 300.000 €. Die Firma Weiler arbeitet auch für andere Kommunen. Es ist festgelegt, dass man innerhalb von zwei Stunden an der Baustelle sein muss, daher kommt nur ein ortsnaher Bieter in Frage.

GR Rädle fragt eine Auflistung der Maßnahmen in Kategorien über die letzten beiden Jahre an, diese wurde auch immer an den Gemeinderat verteilt.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat, den Jahresvertrag für Unterhaltungsmaßnahmen im Tief- und Straßenbau für weitere 2 Jahre (01.10.2020 bis 30.09.2022) zu den aktuellen Konditionen des Vertrages (2018-2020) an die Fa. Artur Weiler GmbH & Co. KG, Karlsruhe-Stupferich, zu vergeben.

mehrheitlich beschlossen Ja 25 Enthaltung 1

zu 11 Genehmigung von Protokollen

Die Genehmigung des Protokolls wurde vertagt, da das Protokoll noch nicht unterschriftsreif vorlag

zu 12 Verschiedenes

Es gab keine Beiträge zu diesem TOP

zu 13 Fragen der Zuhörer

Es wurden keine Fragen gestellt.

BM Timm bedankte sich bei den Gemeinderäten und Zuhörer und schloss die öffentliche Sitzung um 21:20 Uhr.

gez. Jens Timm Vorsitzender	gez. Inge Dietz Protokollführer/in
Gemeinderat Jürgen Herrmann Urkundsperson	Gemeinderat Reinhard Haas Urkundsperson
Gemeinderat Roland Rädle Urkundsperson	Gemeinderat Uwe Rohrer Urkundsperson